

**Ina Leukefeld, MdL**

**Die Europäische Beschäftigungsstrategie und ihre Auswirkungen auf regionale und lokale Beschäftigungspolitik aus Sicht einer Landes- und Kommunalpolitikerin (Europakonferenz, 17.5.2008, in Suhl)**

Meine Damen und Herren,  
liebe Freunde,

Eine französische Journalistin soll einmal gesagt haben: Jedesmal, wenn ich die Deutschen über Europa reden höre, habe ich Lust zu weinen. Was gibt es Traurigeres als eine deutsche Rede über Europa?

Nun, wir reden über Europa, über unsere Träume und Hoffnungen, über Chancen und Risiken, die wir sehen, und vor allem wollen wir, dass Europa von den Menschen getragen und mitbestimmt wird. Unser JA zu Europa schließt unsere Kritik über

Entwicklungen ein, die wir als den Menschen nicht dienlich ansehen. Darüber will ich sprechen und,

ja, da gebe ich auch einmal Angela Merkel Recht, die im März 2007 in ihrer unnachahmlichen Art gesagt hat: „Europa ist viel mehr als Milchkühe und die Chemikalienrichtlinie.“

Ich möchte Sie heute als Suhlerin in Suhl begrüßen. Der Ort ist gut gewählt.

Suhl ist eine Stadt, in der sich viele Widersprüche der Entwicklung Ostdeutschlands seit der politischen Wende 1989 wie in einem Brennglas spiegeln. Neues und Aufbau einerseits gehen einher mit weiterhin hoher Abwanderung, infolge von Deindustrialisierung und fehlenden Chancen beruflicher und persönlicher Entwicklung vor allem junger Menschen. Unsere Stadt schrumpft und wird älter. Aber sie ist eine schöne, weltoffenen Stadt, die gerade jetzt wieder viele internationale Gäste im sportlichen Schießen begrüßen wird. Suhl hat 6 Partnerstädte, davon 5 in Europa, Kaluga in Russland, deren 40. Jahrestag der Städtepartnerschaft nächstes Jahr gegangen wird, zählt ja nicht dazu.

Wie wir aus vielen Treffen und Gesprächen mit den Menschen aus den Partnerstädten wissen, sind viele unserer Problem durchaus bekannt.

Europa ist Thüringen näher, als viele von uns das wahrnehmen.

Ich möchte an die Europäischen Strukturfonds erinnern, die eine immer größere Bedeutung für die Landespolitik gewinnen. In der Arbeitsmarktförderung verlässt sich Thüringen inzwischen fast ausschließlich auf die EU, finanziert mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds dieses Politikfeld. Die eigenen Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik wurden seit Jahren drastisch zurück gefahren. Da die Rahmenbedingungen für die Nutzung solcher Fonds, das so genannte Operationelle Programm, jeweils von der EU genehmigt werden muss und eine Kontrolle der Umsetzung gegeben ist - ( Ich erinnere nur an die Forderung nach Rückzahlung von 81 Mio. ) - hat die EU direkten Einfluss auf die Beschäftigungspolitik vor Ort. Wir werden heute noch einen Beitrag dazu hören.

Ein zweites Beispiel: Im April hat der Europäische Gerichtshof über ein Landesvergabegesetz geurteilt, nämlich das von Niedersachsen. Das Gericht ist dabei zu

dem Ergebnis gekommen, dass öffentliche Aufträge nicht an örtliche Tarifverträge gebunden sein dürfen. Die neoliberale Ausrichtung des europäischen Prozesses hat den EuGH erreicht, denn das Urteil hat erhebliche Auswirkungen und stellt einen deutlichen Rückschlag bei der Durchsetzung von mehr Arbeitnehmerrechten dar, wie sie DIE LINKE erreichen will. Europäische Regelungen setzen Standards, in diesem Fall leider negative Standards, denn wir wollen auch für Thüringen ein Gesetz, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge an Tarifverträge bzw. einen existenzsichernden Mindestlohn von 8 Euro bindet.

Über die Europäische Beschäftigungsstrategie haben wir heute bereits einen Vortrag gehört. Ich möchte noch einmal hervorheben, dass die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Agenda der EU mit der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 und deren Überprüfung 2005 noch einmal präzisiert wurde. Als Ziel hat man formuliert, Europa zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Offiziell heißt es bei der EU dazu: „Wettbewerbsfähigkeit ist (...) zu einer der politischen Prioritäten der Europäischen Union geworden.“

Und wie definiert man bei der EU Wettbewerbsfähigkeit? Sehr simpel; diese werde „vom Produktivitätswachstum bestimmt“. Das ist ein Konzept, das wir in der LINKEN aus gutem Grund als dem Neoliberalismus zugehörig einschätzen.

Bei der CDU rennt man mit einem solchen Konzept natürlich Türen ein. Insoweit ist es folgerichtig, dass sich insbesondere die Wirtschaftspolitik in Thüringen daran ausrichtet.

Ich möchte zwei Ergebnisse nennen. Da ist die Exportquote der Thüringer Unternehmen, sie lag 2007 bei fast 34 Prozent, vor allem die Investitionsgüterproduzenten hatten daran ihren Anteil. Der Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes, der 2007 bei 8,8 Milliarden Euro lag, übertraf den Wert des Vorjahres um mehr als 15 Prozent.

Nun sei natürlich jedem Unternehmen der Erfolg im Export gegönnt. Doch die Angelegenheit hat auch eine andere Seite. Dem eben genannten steht nämlich ein erheblicher Kaufkraftverlust gegenüber. Die privaten Konsumausgaben sanken in Thüringen allein im letzten Quartal 2007 – also in einem Zeitraum, von dem alle sagen, er sei immer noch von hohem Wirtschaftswachstum gekennzeichnet – gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent. Betroffen waren sowohl die Ausgaben für höherwertige Güter wie Kraftfahrzeuge und Einrichtungsgegenstände, wie auch – und das ist besonders problematisch – solche für Nahrungsmittel und Getränke. Im Handel waren 2007 Umsatz und Beschäftigung rückläufig. Ähnliches gilt für Gastgewerbe und Tourismus, Bereiche, die gerade für unsere Region „Thüringer Wald“ ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor sind.

Wir haben es also mit einem erheblichen Ungleichgewicht zu tun.

Die Orientierung am globalen Markt birgt zudem zahlreiche Risiken.

Mir liegen die aktuellen Einschätzungen der IHK und der Handwerkskammer Ostthüringen von dieser Woche vor. Beide gehen davon aus, dass der Aufschwung stockt. Die IHK benennt als Gründe die Finanzkrise in den USA, die zunehmend nach Europa schwappt, den hohen Euro-Wechselkurs und den Ölpreis.

Eines ist sicher: Der bisherige neoliberale Umbau zeigt in Thüringen Wirkung.

Wir erleben in Thüringen wie anderswo die Verwerfung und Aufspaltung der Arbeitsgesellschaft. Die Folgen sind Armut, Perspektivlosigkeit und Ausgrenzung sowie die Herausbildung neuer Unterschichten.

Besonders bedrückend erscheint mir die Tatsache, dass Thüringen ein Niedriglohnland ist. Dabei erscheint es mir unerheblich, ob der letzte oder vorletzte Platz eingenommen wird. Tatsache bleibt, dass die Löhne und Gehälter in fast allen Branchen noch unter dem ostdeutschen Durchschnitt rangieren. Niedriglohn erhalten 23 Prozent der Beschäftigten bundesweit, im Osten 42 Prozent, in Thüringen 51 Prozent, hat der DGB berechnet. Von der Landesregierung wird das aber nicht als ernstes Problem angesehen. In der Werbung der Landesentwicklungsgesellschaft um Investoren wurde sogar bis Mitte vergangenen Jahres mit der niedrigen Tarifbindung und den geringen Löhnen in Thüringen geworben. Angesichts eines sich deutlich abzeichnenden Bedarfs an Fachkräften wächst langsam die Einsicht, dass dies mit Billiglöhnen, von denen niemand leben kann, nicht zu verändern ist. Es wird in Politik und Wirtschaft viel von „Flexibilität“ geredet. Auch die EU will einen flexiblen Arbeitsmarkt. Wer will nicht flexibel sein ? Aber mir ist aufgefallen: gemeint ist damit meist eine merkwürdige Chiffre, die im Grunde immer darauf hinausläuft, dass die, die sowieso schon wenig haben, noch etwas mehr geben sollen: Mehr von ihrer Lebenszeit, mehr von ihrer Arbeitskraft, mehr Leistung für weniger Geld und schlechtere Arbeitsbedingungen. Das ist die Wahrheit ! Stattdessen spricht kaum jemand davon, von Managern mehr „Flexibilität“, beispielsweise hinsichtlich der Entlohnung, zu fordern. Da gibt es eine Selbstbedienungsmentalität, Lug und Betrug sind an der Tagesordnung, ein Skandal jagt den anderen, während die kleinen Leute mit Almosen abgespeist werden und übrigens auch viele Selbständige und Kleinunternehmer von Selbstausbeutung gerade hier in Thüringen leben. ( mehr als 90 % der Unternehmen haben weniger als 10 Beschäftigte) Praxis ist immer mehr, Einschränkungen bei den Einkommen und Arbeitszeiten der abhängig Beschäftigten durchzusetzen. Die schreiende soziale Ungerechtigkeit und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Das hat Auswirkungen. Der angesehene englische Soziologe Richard Sennett sagt: „Die neue Flexibilität bedeutet Instabilität für Gesellschaft, Arbeit und Privatleben.“ Besonders betroffen von der massenhaften Ausprägung prekärer Beschäftigungsverhältnisse sind

Wir hören häufig in diesem Zusammenhang den Begriff Prekarisierung. Diese Prekarisierung beschreibt die Situation von immer mehr Menschen, die in unsicheren Arbeits- und damit auch Lebensverhältnissen stecken. Kennzeichen sind schlechte Bezahlung, befristete Beschäftigungsdauer, ungünstige Arbeitszeiten, geringere arbeits- und kollektivvertragliche Schutzbestimmungen, geringere Sozialversicherungsansprüche sowie der Rückgang sozialer Sicherungsmechanismen. Prekarisierung bedeutet auch eine Individualisierung sozialer Risiken und den Abbau von Arbeitnehmerrechten

.Das betrifft immer mehr Menschen. Gemeint sind also nicht nur die Lidl- Verkäuferinnen, Ein-Euro-Jobber oder ALG-II-Bezieher.

Ich zähle bewusst auch die Leiharbeit dazu. Während einer Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Landtags haben Vertreter der Wirtschaft und der Verleihfirmen betont, dass Leiharbeit Sprungbrett oder eine Brücke in ein Normalarbeitsverhältnis sei. Demgegenüber konnten die Vertreter der Gewerkschaften und Wissenschaftler nachweisen, dass Leiharbeit für die große Mehrzahl derjenigen, die sie ausüben, eine prekäre Beschäftigungsform ist, mit einer Entlohnung, die teilweise bei nur der Hälfte von dem liegt, was die Stammbesellschaft für die gleiche Arbeit erhält.

In prekären Verhältnissen sehen sich auch diejenigen, die trotz Vollzeitarbeit ergänzend ALG II benötigen, um über die Runden zu kommen. Das sind in Thüringen etwa 22.000 Menschen. Davor schützen übrigens auch hohe Bildungsabschlüsse längst nicht mehr. Immer mehr Menschen geraten in die Abwärtsspirale: heute sind sie Studenten, dann Dauerpraktikanten und schließlich moderne Tagelöhner, die sich von einer befristeten Projektstelle zur nächsten hangeln. „Nichts ist mehr sicher“, lautet das Motto des Prekarierten. Auf ein prekäres Arbeitsverhältnis folgen die prekäre Existenz und Altersarmut. Die Fraktion DIE LINKE hat Situation und Auswirkungen im Februar während einer Fachkonferenz analysiert.

Besonders betroffen sind auch in Thüringen Frauen, übrigens trotz des besonderen Schwerpunktes der Chancengleichheit in diversen EU-Programmen.

In einer Studie, die der DGB Thüringen in Auftrag gegeben hatte, wird u. a. festgestellt: Frauen werden weniger eingestellt, bei Neueinstellungen liegt der Frauenanteil in Thüringen lediglich bei 34 %. Vor allem Frauen über 50 Jahre haben kaum Chancen – übrigens auch die studierte Ingenieurin nicht. Die Erwerbstätigenquote von Frauen in Thüringen ist mit 60,6 % unter bundesdeutsches Niveau gesunken – wer hätte das jemals gedacht?

Jede zweite erwerbstätige Frau arbeitet in prekären Beschäftigungsverhältnissen, sie werden überdurchschnittlich in Teilzeit oder geringfügige Beschäftigung abgedrängt. So hat auf unserer o.g. Anhörung die Betriebsrätin, Kolln. Schuster aus dem Reinigungsgewerbe erklärt, dass es heute normal ist, um den Arbeitsumfang zu schaffen, 2-3 Stunden zu arbeiten, aber nur 1 Stunde bezahlt zu bekommen.

Die Amerikanisierung lässt grüßen: Viele der Frauen haben mehrere solcher Beschäftigungsverhältnisse, um überhaupt überleben zu können. Ich frage. War das mit größerer Wettbewerbsfähigkeit Europas im Vgl. zu den USA gemeint?

Ich möchte auf einen weiteren Widerspruch hinweisen. Mir ist aufgefallen, dass in der Arbeitsmarktstatistik, der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit die Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung weit übersteigt. Offenbar geraten Arbeitslose in die Prekariationsfalle. Die Anzahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im Zeitraum von 1994 bis 1996 übrigens in Deutschland um 6,7 % zurückgegangen, in Thüringen um 19,3 % Spitzenreiter ist übrigens Bayern mit 1,2 % Zuwachs, Schlusslicht ist Sachsen – Anhalt mit 25,1 % Rückgang. Gerade unter diesem Aspekt ist zu konstatieren, dass die ostdeutsche Produktion mittlerweile schneller wächst als die in den ABL. Seit 2000 hat lt. Frankfurter Rundschau vom 15.5.08 die Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes in den NBL um 26 %, in den ABL dagegen nur um 18 % zugenommen. Auf wessen Kosten und zu wessen Lasten geht das?

Das jedenfalls wird dem Anspruch der EU, „mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen“, nicht gerecht.

Damit sind wir auch beim Thema der Konferenz angelangt: Wege zu GUTER Arbeit in Europa. Wir verlangen „GUTE Arbeit“.

Ich möchte mich auf den ostdeutschen Kultursoziologen Wolfgang Engler beziehen. Er schreibt: „Gute Arbeit ist materiell mehr als nur auskömmlich und sozial geachtet, wo immer herstellbar auch interessant, in sich der Mühe wert. Sie ermöglicht das Leben, ohne es aufzusaugen, und verhilft jeder und jedem Arbeit Leistenden zu einer fraglosen Stellung

im Gesellschaftsganzen. Nur Arbeit mit diesem Gütesiegel verträgt sich mit der Wahlfreiheit. Keine Freiheit von der Arbeit ohne ihr Gegenstück, die Freiheit zur Arbeit, ohne Chance, Arbeit zu finden, die Würde und Selbstbestimmung garantiert.“

Daran orientieren sich unsere Forderungen.

Wir fordern mit Nachdruck, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können müssen und ihre Familien, vor allem auch ihre Kinder nicht in Armut fallen. Deshalb bleibt es bei der Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro, der in schnellen Schritten 10 Euro angehoben werden muss, denn die Miete, die Kosten für 0 Lebensmittel, Energie und Benzin, die Gebühren und Preise steigen beständig.

GUTE Arbeit heißt für die LINKE auch, es geht nicht Arbeit um jeden Preis, Heute scheint es eine allgemeine Wahrheit zu sein, dass jede Arbeit besser als keine Arbeit ist. Sie anzunehmen ist schlichte Bürgerpflicht, um dem Staat nicht auf der Tasche zu liegen. Ich meine, dass kann keine Antwort der LINKEN sein!

Eine gesellschaftliche Gegenbewegung muss m. E. vor allem mit dem Konsens brechen, dass jede Arbeit besser ist als keine.

Wir treten dafür ein, Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Das ist zu erreichen, indem Investitionen der Wirtschaftsförderung vorrangig in Zukunftsbranchen erfolgen. Wir wollen erreichen, dass dabei der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft in den Fokus genommen wird.

Das bedeutet auch, dass die regionale Ökonomie gestärkt wird. „Regional vor global“ ist die Devise. Durch starke regionale Wirtschaftskreisläufe bleibt die Wertschöpfung vor Ort und dient nicht dazu, Manager und Aktionäre reich zu machen. Die LINKE in Thüringen wird dazu im September mit einer eigenen Konferenz konkrete Handlungsalternativen abstecken.

Aktive Arbeitsmarktpolitik, die den Namen verdient, ist weiterhin notwendig. Unser Konzept des Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors hat gerade angesichts der genannten Prekarisierungstendenzen seine Berechtigung nachgewiesen. Die notwendigen Kriterien dafür sind: Kriterien genügen: Gemeinnützige Arbeitsfelder, Existenz sichernde Entlohnung, Sozialversicherungspflicht, freiwillige Teilnahme und langfristige Förderperspektive.

Arbeit und Bildung sind zwei Seiten einer Medaille. Der zunehmende Fachkräftebedarf kann nur durch unterschiedliche Aktivitäten der Landespolitik gemeinsam mit Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften gesichert werden. Lebenslanges Lernen muss zum Normalfall werden. Zu einer guten, dualen Berufsausbildung gehört die europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen.

Außerdem wollen wir Hartz IV überwinden. Es sind nachhaltige soziale Sicherungssysteme nötig. Wenn man heute in Deutschland von etwa 8 Mio. Menschen als dem „abgehängten Prekariat „ spricht, das die Wirtschaft noch nicht mal mehr als „Reservearmee“ im Marxschen Sinn benötigt, dann ist die Forderung nach einer armutsfesten bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung hochaktuell. Das alles wird nicht gehen ohne Umverteilung des Reichtums dieser Gesellschaft von Oben nach unten.

Deshalb unterstützen wir auch außerparlamentarische soziale Bewegungen, insbesondere sind starke Gewerkschaften nötig, die auch europaweit agieren.

Ich möchte betonen, dass wir dabei von demokratischen, humanistischen Grundsätzen ausgehen. Bündnisse in vielen Orten, darunter auch in Suhl, die für Demokratie, Toleranz und gegen Rechtsextremismus eintreten, spielen dabei eine bedeutende Rolle, um eine Stärkung der Neuen Rechten und der NPD als rechtsextremistische Protestpartei zu verhindern.

Ich halte es mit Oskar Negt, der davor warnt, und sagt: „Wo das Gemeinwesen zu einer Ansammlung von markt- und börsenorientierten Einzelinteressen verkommt, zersetzt sich am Ende die Idee des gesellschaftlichen Ganzen, für dessen Wohl und Wehe Menschen bereitwillig Verantwortung übernehmen.“

Ich teile diese Auffassung und meine: Um diese Entwicklung zu verhindern, braucht es Wissen, Information und Aufklärung über Politik hier vor Ort, in den Ländern und Staaten und auch in Europa.

Nur aufgeklärte, wissende, engagierte und gemeinsam handelnde Bürgerinnen und Bürger werden in der Lage sein, Alternativen zu erkennen und zu befördern.